



Analyse des Budgetdienstes

Maßnahmen zur Stabilisierung des Euroraums im 1. Quartal 2015 (66/BA und 67/BA)

Vorbemerkung

Die beiden Berichte des Bundesministers für Finanzen enthalten umfassende Darstellungen und übersichtliche Tabellen zu den aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bzw. entsprechend dem Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz gewährten Finanzhilfen. Ergänzend dazu geben die nachfolgenden Ausführungen anhand der EU-Frühjahrsprognose vom 5. Mai 2015 einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der betreffenden Programmländer und enthalten einzelne Ergänzungen zu den jüngsten Entwicklungen, die im Bericht noch nicht berücksichtigt sind.

Die österreichischen Anteile an den Instrumenten zur Stabilisierung des Euroraums sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Österreichische Anteile an den Instrumenten zur Stabilisierung des Euroraums

Bilaterale Darlehen an Griechenland	1,557 Mrd. EUR
Haftungsanteil an EFSF	10,315 Mrd. EUR (Kapital und Zinsen inkl. Übergarantien)
Zuschüsse (Sammelkonto Griechenland)	116 Mio. EUR überwiesen (Zusage gesamt 281,2 Mio. EUR)
ESM	2,227 Mrd. EUR einbezahltes Kapital (17,257 Mrd. EUR Rufkapital)

Quelle: BMF



In der nachstehenden Tabelle werden die wichtigsten Kennzahlen zur Wirtschaftslage der von den Hilfsmaßnahmen betroffenen Länder tabellarisch gegenübergestellt.

Kennzahlenübersicht über die von Hilfsmaßnahmen betroffenen Länder

	BIP real			Arbeitslosenquote*)			öffentlicher Schuldenstand			Inflation		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			in % des BIP			in % ggü VJ		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Griechenland	0,8	0,5	2,9	26,5	25,6	23,2	177,1	180,2	173,5	-1,4	-1,5	0,8
Irland	4,8	3,6	3,5	11,3	9,6	9,2	109,7	107,1	103,8	0,3	0,4	1,5
Portugal	0,9	1,6	1,8	14,1	13,4	12,6	130,2	124,4	123,0	-0,2	0,2	1,3
Spanien	1,4	2,8	2,6	24,5	22,4	20,5	97,7	100,4	101,4	-0,2	-0,6	1,1
Zypern	-2,3	-0,5	1,4	16,1	16,2	15,2	107,5	106,7	108,4	-0,3	-0,8	0,9
Euroraum	0,9	1,5	1,9	11,6	11,0	10,5	94,2	94,0	92,5	0,4	0,1	1,5
EU	1,4	1,8	2,1	10,2	9,6	9,2	88,6	88,0	86,9	0,6	0,1	1,5

*) lt. Eurostat-Definition

Quelle: Europäische Kommission, Frühjahresprognose 2015

Beitritt Litauens zum ESM

Nach Ratifikation und Hinterlegung der Beitrittsurkunde trat Litauen am 3. Februar 2015 als 19. Mitglied dem ESM bei. Der Anteil Litauens am genehmigten Kapital wurde mit 0,4063 % das sind 327 Mio. EUR festgelegt, die Litauen in fünf jährlichen Tranchen zu je 65,4 Mio. EUR einzahlen wird. Das genehmigte Kapital erhöht sich somit auf 704,80 Mrd. EUR, das eingezahlte Kapital auf 80,55 Mrd. EUR.

ESM-Jahresabschluss 2014

Per 31. Dezember 2014 belief sich die Bilanzsumme des ESM auf 752,61 Mrd. EUR. Die Gewinn- und Verlustrechnung für 2014 weist ein Nettoeinkommen von 443,9 Mio. EUR aus. Im Vorjahr betrug das Nettoeinkommen 253,9 Mio. EUR. Dem ESM-Direktorium wurde vorgeschlagen, mit dem gesamten zuteilbaren Nettoeinkommen den Reservefonds aufzustocken.



Bericht gemäß § 4a Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz über die im 1. Quartal 2015 ergriffenen Maßnahmen (66/BA)

Griechenland

Griechenland hat von Österreich und den Institutionen bisher insgesamt Finanzhilfen gemäß der nachfolgenden Aufstellung erhalten:

<i>in Mrd. EUR</i>	1. bilaterales Finanzhilfeprogramm	2. Finanzhilfeprogramm EFSF^{*)},^{**)},^{***)}	IWF^{****)} 1. und 2. Programm
Finanzhilfe zugesagt/geleistet	52,90	144,60	52,99
ausstehender Betrag	52,90	141,84	23,32

*) Brutto-Beträge vor Abzug der Service-Gebühr

***) Rd. 950 Mio. EUR aus der Griechenland-Fazilität sind aufgrund des Auslaufens von Fristen nicht länger abrufbar.

****) 10,9 Mrd. EUR werden seit der in Februar 2015 beschlossenen Verlängerung des Finanzhilfeprogramms von EFSF gehalten (bislang HFSF), stehen aber weiter für Bankenrekapitalisierungen bzw. -abwicklungen zur Verfügung.

*****) Zusagen und Auszahlungen durch den IWF erfolgen in Sonderziehungsrechten, die Wechselkursschwankungen unterliegen

Quelle: BMF

Die neue griechische Regierung steht den vereinbarten Reformauflagen kritisch gegenüber. Aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung der Reformmaßnahmen konnte die letzte Prüfmission von Europäischer Kommission, EZB und IWF nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Angesichts der bestehenden Differenzen wurde auf Antrag Griechenlands daher die Bereitstellungsperiode des zweiten Finanzhilfeprogramms um vier Monate bis Juni 2015 verlängert. Eine von Griechenland vorgelegte Liste von Maßnahmen wird von den Institutionen als Ausgangspunkt für einen erfolgreichen Abschluss der Programmprüfung gesehen, wobei die Zusammenarbeit von beiden Seiten als unbefriedigend erachtet wird.

Kennzahlenübersicht

	BIP real			Arbeitslosenquote^{*)}			öffentlicher Schuldenstand			Inflation		
	<i>Veränderung ggü VJ in %</i>			<i>in % der Erwerbspersonen</i>			<i>in % des BIP</i>			<i>in % ggü VJ</i>		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Griechenland	0,8	0,5	2,9	26,5	25,6	23,2	177,1	180,2	173,5	-1,4	-1,5	0,8

*) lt. Eurostat-Definition

Quelle: Europäische Kommission, Frühjahresprognose 2015



Die griechische Wirtschaft ist im 2. Quartal 2014 bedingt durch die Stärkung des privaten Konsums und der Nettoexporte – erstmals nach sechsjähriger Rezession – wieder gewachsen. Aber die Unsicherheiten, die sich aus der weiteren politischen Ausrichtung ergeben, und die Liquiditätsprobleme beeinträchtigen seither die Erholung der Wirtschaft und drücken auf die öffentlichen Finanzen. Die Wachstumsprognosen der EU-Kommission wurden daher deutlich zurückgenommen, gehen aber jedenfalls davon aus, dass Griechenland weiterhin die vorgegebenen Programme umzusetzen wird, das wirtschaftliche Umfeld stabil bleibt und die fiskalpolitische Steuerung fortgesetzt wird. Die Staatsschulden verbleiben auf hohem Niveau, das Defizit soll bis 2016 auf 2,2 % des BIP zurückgehen.

Irland

Irland hat bisher insgesamt Finanzhilfen gemäß der nachfolgenden Aufstellung erhalten:

<i>in Mrd. EUR</i>	EFSM	EFSF*)	IWF**)
Finanzhilfe zugesagt/geleistet	22,50	17,70	24,90
ausstehender Betrag	22,50	17,70	4,84

*) Brutto-Beträge vor Abzug der Service-Gebühr

***) 10,9 Mrd. EUR werden seit der in Februar 2015 beschlossenen Verlängerung des Finanzhilfeprogramms von EFSF gehalten (bisher HFSF), stehen aber weiter für Bankenrekapitalisierungen bzw. -abwicklungen zur Verfügung

Quelle: BMF

Ende 2013 hat sich Irland für einen Programmausstieg ohne vorbeugende Absicherung entschieden. Zwei Missionen der Post-Programmüberwachung beurteilten die wirtschaftliche und budgetäre Situation im Wesentlichen positiv.

Nachdem Irland im Dezember 2014 – unter Zustimmung der EFSF, die auf eine anteilmäßige vorzeitige Tilgung verzichtete – bereits rd. 9 Mrd. EUR der vom IWF gewährten Mittel vorzeitig zurück bezahlt hat, erfolgte im Februar bzw. März die Tilgung einer 2. Tranche mit rd. 10 Mrd. EUR.

Kennzahlenübersicht

	BIP real			Arbeitslosenquote*)			öffentlicher Schuldenstand			Inflation		
	<i>Veränderung ggü VJ in %</i>			<i>in % der Erwerbspersonen</i>			<i>in % des BIP</i>			<i>in % ggü VJ</i>		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Irland	4,8	3,6	3,5	11,3	9,6	9,2	109,7	107,1	103,8	0,3	0,4	1,5

*) lt. Eurostat-Definition

Quelle: Europäische Kommission, Frühjahresprognose 2015



Irlands Wirtschaft wächst ausdauernd und schneller als der Durchschnitt der EU. Das Wachstum ist in erster Linie auf die Exportwirtschaft zurück zu führen. Der wieder stärker werdende private Konsum und die hohen Investitionen stützen das Wachstum in den kommenden Jahren. Die verbesserten Prognosen für Arbeitslosigkeit, Steuereinnahmen und den Einzelhandel deuten auf eine weitere Stärkung des privaten Konsums hin. Insgesamt profitiert die irische Wirtschaft von den multinationalen Konzernen und den Handelsbeziehungen zu den USA. Sowohl das öffentliche Defizit als auch die Verschuldung sollen bis 2016 zurückgehen und 2,9 % bzw. 103,8 % des BIP erreichen.

Portugal

Portugal hat bisher insgesamt Finanzhilfen gemäß der nachfolgenden Aufstellung erhalten:

<i>in Mrd. EUR</i>	EFSM	EFSF*)	IWF**)
Finanzhilfe zugesagt/geleistet	24,30	26,00	29,42
ausstehender Betrag	24,30	26,05	22,87

*) Brutto-Beträge vor Abzug der Service-Gebühr

**) 10,9 Mrd. EUR werden seit der in Februar 2015 beschlossenen Verlängerung des Finanzhilfeprogramms von EFSF gehalten (bislang HFSF), stehen aber weiter für Bankenrekapitalisierungen bzw. -abwicklungen zur Verfügung.

Quelle: BMF

Das Finanzhilfeprogramm Portugals endete am 18. Mai 2014. Die von der EFSF zur Verfügung gestellten Mittel wurden voll ausgeschöpft, jene vom EFSM und vom IWF hingegen nicht zur Gänze.

Auch Portugal plant 14,7 Mrd. EUR der vom IWF gewährten höher verzinsten Mittel über einen Zeitraum von 30 Monaten vorzeitig zu tilgen. Dazu benötigte man u.a. die Zustimmung der EFSF, die auf die anteilige vorzeitige Tilgung verzichten muss. Diese Zustimmung erfolgte im 1. Quartal 2015; so dass Portugal im März 2015 6,5 Mrd. EUR vorzeitig an den IWF überwiesen hat.

Kennzahlenübersicht

	BIP real			Arbeitslosenquote*)			öffentlicher Schuldenstand			Inflation		
	<i>Veränderung ggü VJ in %</i>			<i>in % der Erwerbspersonen</i>			<i>in % des BIP</i>			<i>in % ggü VJ</i>		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Portugal	0,9	1,6	1,8	14,1	13,4	12,6	130,2	124,4	123,0	-0,2	0,2	1,3

*) lt. Eurostat-Definition

Quelle: Europäische Kommission, Frühjahresprognose 2015



Die langsame Erholung der portugiesischen Wirtschaft beschleunigt sich. Diese Entwicklung wird durch eine durch Steuerreformen weiter angeregte starke Inlandsnachfrage, die verbesserten Finanzierungskonditionen und die Auslandsnachfrage gestützt. Wachstumshemmnisse werden in der hohen öffentlichen und privaten Verschuldung gesehen. Der Ausblick auf den Arbeitsmarkt ist verbessert, so dass eine auf 12,6 % sinkende Arbeitslosenquote für 2016 erwartet wird. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen schreitet plangemäß voran, das Defizit wird für 2016 mit -2,8 % des BIP (2014: -4,5 %), die Verschuldung mit 123,0 % des BIP (2014: 130,2 %) prognostiziert.

Bericht über die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus getroffenen Maßnahmen im 1. Quartal 2015 (67/BA)

Spanien

Spanien hat vom ESM bisher insgesamt folgende Finanzhilfe erhalten:

Mittel des ESM (in Mrd. EUR)

Zusagerahmen	max. 100,0
Auszahlung	41,3
Ausnutzung	39,7

Quelle: BMF

Das Finanzhilfeprogramm Spaniens, das ihm eine Rekapitalisierung des Bankensektors ermöglichte, endete im Jänner 2014. Spanien hat alle Auflagen fristgerecht erfüllt.

Die 3. Post-Programm-Prüfung fand im Frühjahr 2015 statt und konnte positiv abgeschlossen werden. Im März genehmigte das Direktorium des ESM eine weitere vorzeitige Rückzahlung von 1,5 Mrd. EUR durch Spanien.

Kennzahlenübersicht

	BIP real			Arbeitslosenquote*)			öffentlicher Schuldenstand			Inflation		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			in % des BIP			in % ggü VJ		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Spanien	1,4	2,8	2,6	24,5	22,4	20,5	97,7	100,4	101,4	-0,2	-0,6	1,1

*) lt. Eurostat-Definition

Quelle: Europäische Kommission, Frühjahresprognose 2015



Nach einer langen Rezession begann im Jahr 2014 eine wirtschaftliche Erholung. Die heimische Nachfrage wird durch Verbesserungen des Arbeitsmarkts, den besseren Finanzierungskonditionen, größerem Vertrauen und niedrigem Ölpreis gestärkt, wodurch das Wachstum weiter zunehmen wird. Dämpfend wirkt hingegen die hohe öffentliche und private Verschuldung. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und ein abnehmendes Arbeitskräfteangebot werden zu sinkender Arbeitslosigkeit führen. Eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit wirkt sich positiv auf die Exportposition aus. Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich unterschiedlich. Während sich das Defizit bis 2016 auf -3,7 % des BIP verbessern sollte, wird die Verschuldung im selben Zeitraum wieder die 100 %-Marke überschreiten und auf 101,4 % des BIP ansteigen.

Zypern

Zypern hat vom ESM bisher insgesamt folgende Finanzhilfe erhalten:

Mittel ESM und IWF (in Mrd. EUR)

Zusage	10,0
Ausnutzung	5,7

Quelle: BMF

Zypern befindet sich seit März 2013 in einem makroökonomischen Anpassungsprogramm, das bis Ende 2016 laufen soll.

Die 5. Programmprüfung, die im Juli 2014 begonnen hat, konnte bislang nicht endgültig abgeschlossen werden, weil gewisse Bedingungen dafür noch nicht erfüllt sind. Es handelt sich dabei um einen gesetzlichen Rahmen für Zwangsvollstreckungen sowie für Insolvenzen. Die Umsetzung des neuen Zwangsvollstreckungsgesetzes wurde mehrmals aufgeschoben, weil eines der fünf Gesetze für die Insolvenzordnung bislang noch nicht dem Parlament zur Beschlussfassung zugeleitet wurde. Da diese Voraussetzungen bislang nicht geschaffen worden sind, kann eine weitere Auszahlung erst nach positiver Programmprüfung stattfinden, diese findet Ende April/Anfang Mai 2015 statt.

Kennzahlenübersicht

	BIP real			Arbeitslosenquote*)			öffentlicher Schuldenstand			Inflation		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			in % des BIP			in % ggü VJ		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Zypern	-2,3	-0,5	1,4	16,1	16,2	15,2	107,5	106,7	108,4	-0,3	-0,8	0,9

*) lt. Eurostat-Definition

Quelle: Europäische Kommission, Frühjahresprognose 2015



Die Rezession ging im Jahr 2014 signifikant zurück, wobei sich dieser Trend in der zweiten Jahreshälfte abschwächte. Auch 2015 wird noch mit einem Minuswachstum von 0,5 % des BIP gerechnet. Der Arbeitsmarkt dürfte aufgrund des rückläufigen Arbeitskräfteangebots stabil bleiben. Der niedrige Ölpreis würde einerseits das Wirtschaftswachstum unterstützen, jedoch zu einer Fortsetzung der Deflation führen. Gegenwind kommt allerdings durch die Rezession in Russland. Ein hohes Volumen notleidender Kredite könnte eine längere Kreditklemme auslösen. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen schreitet voran und sollte den Wirtschaftsaufschwung unterstützen. Das Defizit wird von -8,8 % des BIP 2014 (bedingt durch eine einmalige Bankenrekapitalisierung) auf -0,1 % 2016 zurückgehen. Die öffentliche Verschuldung wird hingegen bis 2016 auf 108,4 % des BIP ansteigen.